



**Innenminister Pistorius und Oberbürgermeister Griesert stellen neue Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Osnabrück vor
Land erhöht Kapazitäten bis Ende 2015 um fast 50 Prozent – Osnabrücker Ratsfraktionen signalisieren Zustimmung**

Ein wichtiger Baustein bei der Erweiterung der Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge in Niedersachsen: Osnabrück wird vierter Standort der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI). In der ehemaligen Klinik am Natruper Holz sollen bis Ende 2015 rund 600 Flüchtlinge untergebracht werden. Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, und der Osnabrücker Oberbürgermeister Wolfgang Griesert sehen darin diverse Vorteile.

Pistorius sagte: „Das hilft den Kommunen, da sich die aktuell sehr kurzen Vorlaufzeiten zur Aufnahme neuer Flüchtlinge mittelfristig verlängern werden. Gemeinsam mit der vor wenigen Tagen eingerichteten Außenstelle der Landesaufnahmebehörde in Hildesheim mit 174 Plätzen werden wir damit die Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes insgesamt bis Ende 2015 um mindestens knapp 50 Prozent erhöht haben. Die Suche nach weiteren Kapazitäten ist damit für das Land aber nicht abgeschlossen. Wir prüfen weiterhin alle Optionen, um gegebenenfalls noch mehr Plätze für die Erstaufnahme der Flüchtlinge zu schaffen.“

„Das alte Bundeswehrkrankenhaus im Natruper Holz kann für diesen Zweck ohne teure Sanierung genutzt werden“, sagte Griesert. „Wenn das Land die Zahl der Flüchtlinge auf die städtische Quote anrechnet, brauchen wir auf absehbare Zeit keine Container und keine Zelte aufzubauen. Vor diesem Hintergrund hatte ich den Standort ins Gespräch gebracht“, erklärte der Oberbürgermeister. „Das Land Niedersachsen benötigt dringend eine weitere

Nr. 208/14 Philipp Wedelich		
Pressestelle	Tel.: (0511) 120-6259	www.mi.niedersachsen.de
Lavesallee 6, 30169 Hannover	Fax: (0511) 120-6555	E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge“, sagte Minister Pistorius. „Die drei vorhandenen Landeseinrichtungen in Bramsche, Braunschweig und Friedland sind überfüllt, das ist bekannt. Dieser Standort bringt Vorteile für das Land und die Stadt mit sich, und ist vor allem hervorragend für die Erstaufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge etwa aus Syrien und dem Irak geeignet.“ In den Landesaufnahmestellen halten sich die Flüchtlinge für einige Wochen auf, um dann auf die Kommunen weiter verteilt zu werden. Die medizinische Versorgung in Osnabrück können Ärzte des nahegelegenen städtischen Klinikums übernehmen. Die Flüchtlinge erhalten hier Deutschunterricht und die Kinder werden beschult. „Das Land würde das Gebäude, das im Eigentum des Klinikums steht, anmieten. Das ehemalige Bundeswehrkrankenhaus liegt nicht auf der ‚grünen Wiese‘, sondern in der Stadt und ist zum Beispiel auch durch Busse gut angebunden. Hier gibt es die nötige Infrastruktur und das Gesamtpaket war relativ kurzfristig realisierbar, auch dank der Vertreter der Stadt, des staatlichen Baumanagements und des Klinikums, die alle intensiv an einer möglichst schnellen Lösung mitgearbeitet haben“, so der Minister.

„Diese Flüchtlinge bleiben nicht in Osnabrück. Die Stadt könnte an der dezentralen Unterbringung der uns zugewiesenen Flüchtlinge festhalten. Ich habe am Dienstag, 26. November, die Ratsfraktionen in nicht-öffentlicher Sitzung informiert und bin sehr dankbar, dass fraktionsübergreifend alle dieses Projekt einhellig unterstützen“, sagte Griesert. „Ich habe den Mitgliedern auch berichtet, dass wir die Landwehrkaserne nur noch das nächste Jahr für die Unterbringung von Flüchtlingen nutzen können. Spätestens dann, wahrscheinlich aber schon deutlich früher, müssten wir auf Container und Zelte ausweichen, wenn die Landesaufnahmestelle nicht nach Osnabrück kommen würde. Besonders freuen würde ich mich, wenn es gelingen könnte, in der Landesaufnahmestelle Mitarbeitern des insolventen Klinikums Dissen eine neue Aufgabe anzubieten.“

Die ersten Flüchtlinge sollen noch in diesem Jahr einziehen. Bis Ende 2015 sollen insgesamt 600 Plätze zur Verfügung stehen.

Schon nächste Woche (Mittwoch, 3. Dezember 2014) möchte der Oberbürgermeister das Bürgerforum Westerberg nutzen, um die Öffentlichkeit zu informieren. Das Bürgerforum findet aus diesem Grunde im Rathaus statt. Am Dienstag, 9. Dezember steht das Thema dann auch auf der Tagesordnung der Ratssitzung.

Nr. 208/14 Philipp Wedelich Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
---	---	---